

Reinhard Wolf

Auf Kollisionskurs:

Warum es zur amerikanisch-chinesischen Konfrontation kommen muss¹

Präsident Obamas Ankündigungen, die pazifische Kommandoregion von Ausgabekürzungen auszunehmen und zusätzliche Marineinfanteristen in Nordaustralien zu stationieren, haben die Aufmerksamkeit auf die strategischen Beziehungen zwischen China und den USA gelenkt. Zusammen mit Obamas Versprechen, die ostasiatischen Verbündeten nicht im Stich zu lassen, könnten sie auf einen politischen Schwenk hindeuten.² Hatte der Präsident bisher vor allem die kooperativen Seiten der sogenannten »congaement«-Politik herausgestellt (also den »engagement«-Aspekt in diesem Kunstwort), betonten die neuen Äußerungen klar den »containment«-Aspekt. Auch hierzulande provozierten sie die Frage, ob die beiden größten Volkswirtschaften nunmehr auf eine Konfrontation zusteuern.

In diesem Beitrag wird argumentiert, dass sich die bilateralen Beziehungen langfristig verschlechtern müssen. Akzentverschiebungen zwischen Kooperation und Konfrontation hat es in den letzten beiden Jahrzehnten immer wieder gegeben, und es wird sie aufgrund der komplexen Gemengelage aus wirtschaftlicher Interdependenz, ideologischer Differenz und strategischer Konkurrenz auch noch geraume Zeit geben.³ Bereits heute lässt sich indes absehen, dass es schließlich zur offenen Konfrontation zwischen Beijing und Washington kommen wird, wahrscheinlich in Form eines »kalten Krieges« um Einflussphären, Stützpunkte und Rohstoffe. Ihre Beziehungen werden zunehmend militarisiert und den Charakter eines Nullsummenspiels annehmen, weil China die amerikanische Dominanz in seiner Region nicht unbefristet dulden wird, die USA sich aber auch nicht freiwillig zurückziehen werden. Klar scheint außerdem, dass ein kooperatives Management der ostasiatischen Region kaum gelingen kann, wenn China die USA wirtschaftlich überholt und keine liberale Demokratie wird. Eine einvernehmliche Gestaltung des Machtübergangs – so die hier vertretene These – wird vor allem an chinesischen Prestige- und Rohstoffbedürfnissen scheitern. Diese Einsicht wird sich früher oder später auch in den USA allgemein durchsetzen und den Einfluss der wirtschaftlichen Interessengruppen marginalisieren, die bisher noch für Zusammenarbeit eintreten.

- 1 Für hilfreiche Hinweise dankt der Verfasser den anonymen Gutachtern der ZfP sowie Markus Liegl, Alexander Reichwein, Christian Tuschhoff und Iris Wurm.
- 2 Martin S. Indyk / Kenneth G. Lieberthal / Michael E. O'Hanlon, *Bending History. Barack Obama's Foreign Policy*, Washington, D.C., 2012, S. 56-64; Christian Le Mière, »America's Pivot to East Asia: The Naval Dimension« in: *Survival* 54, Nr. 3 (2012), S. 81-94.
- 3 Zur »congaement«-Politik siehe Aaron L. Friedberg, *A Contest for Supremacy. China, America, and the Struggle for Mastery in Asia*, New York 2011, Kap. 4.

Der Beitrag beginnt mit einer theoretischen Diskussion über das Problem der Machtübergänge in der internationalen Politik, die deutlich machen soll, dass realistische Machtübergangs-Theorien im vorliegenden Fall keine eindeutige Prognose gestatten. Liberale oder konstruktivistische Theorien sind aber noch weniger einschlägig, weil ihnen zufolge die Entwicklung nationaler Präferenzen weit weniger von internationalen Machtverteilungen abhängt. Deshalb diskutiert der Beitrag im weiteren Verlauf nicht Trends, die sich aus bestimmten theoretischen Annahmen ergeben könnten, sondern erörtert – gleichsam vom Ende her – grundlegende Szenarien. Dabei wird argumentiert, dass weder Beijings dauerhafte Akzeptanz amerikanischer Vorherrschaft, noch ein amerikanischer Rückzug oder ein kooperatives Kondominium der beiden Mächte zu erwarten sind. Keines dieser drei Szenarien ist plausibel und hinreichend stabil, wenn man die wichtigsten aktuellen Trends in Wirtschaft und Politik fortschreibt. Es bleibt also nur das Szenario der zunehmenden Konfrontation. Abschließend werden mögliche Einwände gegen diese pessimistische Vorhersage erörtert und Schlussfolgerungen für Deutschland und Europa gezogen.

1. Das Problem der Machtübergänge im internationalen System

Spätestens seit Thukydides' Geschichte des Peloponnesischen Krieges diskutieren Beobachter der internationalen Politik darüber, ob und wie die Überflügelung einer dominanten Macht gewaltfrei gestaltet werden kann. Machtübergangstheorien⁴ und Hegemonietheorien⁵ gehen von der Beobachtung systemischer Kriege aus und führen einige davon auf Machtkonkurrenz zwischen herrschenden und aufsteigenden Mächten zurück. Wirtschaftlich aufsteigende Staaten weiten demnach ihre politischen Interessen aus. Das Konfliktpotential, das beim Aufstieg von Mächten im internationalen System entstehen kann, ergibt sich dabei vor allem daraus, dass diese schließlich die dominante Großmacht herausfordern. Laut diesen Theorien streben neue Mächte danach, selbst die hervorgehobene Position im internationalen System einzunehmen und dessen Spielregeln nach ihren Maßgaben zu verändern. Tatsächlich konnte wiederholt nachgewiesen werden, dass weniger etablierte Mächte nach einem wirtschaftlichen Aufholprozess besonders häufig die jeweilige Vormacht militärisch herausfordern, was ihnen im Erfolgsfall die Möglichkeit verschafft, die internationale Ordnung nach eigenen Präferenzen umzugestalten.⁶

4 Abramo F. K. Organski / Jacek Kugler, *The War Ledger*, Chicago 1980.

5 Robert Gilpin, *War and Change in World Politics*, Cambridge 1981.

6 Nazli Choucri / Robert C. North, *Nations in Conflict. National Growth and International violence*, San Francisco, Calif., 1975; Organski / Kugler, *The War Ledger*, aaO. (FN 3); Jacek Kugler / Douglas Lemke, »The Power Transitions Research Program: Assessing Theoretical and Empirical Advances« in: Manus I. Midlarsky, (Hg.), *Handbook of War Studies*, Ann Arbor, Mich., 2000.

Unklar bleibt bei diesen Theorien jedoch, warum ausgerechnet den erfolgreichen Aufsteigern an einer grundlegenden Änderung der existierenden Ordnung gelegen sein sollte.⁷ Zweifellos verringert der äußere Machtzuwachs für eine aufsteigende Macht die Kosten einer revisionistischen Politik.⁸ Aber weshalb sie eine solche Umwälzung aktiv *anstreben* sollte, ist mit realistischen Theorien kaum zu erfassen. Schließlich haben gerade diese dynamischen Staaten – und China ist hier gewiss das beste Beispiel – unter den aktuellen Bedingungen besonders hohe Wachstumsraten erzielt. Insofern sollten sie eher an einem Fortbestand der bisherigen Ordnung interessiert sein und gewiss keine Veranlassung dazu haben, den Staat zu einem riskanten Zweikampf herauszufordern, der diese Ordnung bislang organisiert und geschützt hat.

Gerade chinesische Entscheidungsträger und Experten scheinen sich dieses Zusammenhangs vollauf bewusst zu sein.⁹ Überdies sind sie sich offenbar schon lange darüber im Klaren, dass Chinas Aufstieg in anderen Ländern Besorgnisse und Ängste wecken könnte. Bereits Deng Xiaoping hatte deshalb die Devise ausgegeben, dass China während seiner Modernisierungen versuchen müsse, eine »low-profile diplomacy« zu betreiben.¹⁰ Seine Nachfolger gaben zunächst »friedlichen Aufstieg« als nationales Ziel an, revidierten dies aber schnell zugunsten von »friedlicher Entwicklung« – vermutlich, weil dieser Slogan noch weniger bedrohlich anmutet. Und umgekehrt haben US-Entscheidungsträger des Öfteren erklärt, die Vereinigten Staaten würden Chinas Aufstieg nicht zu verhindern suchen. Vielmehr würden sie ein starkes China begrüßen und es gerne sehen, wenn Beijing mehr internationale Verantwortung übernehmen würde.¹¹

Aus der fundamentalen Logik realistischer Machtübergangstheorien folgt deshalb keineswegs, dass erfolgreiche Aufsteiger die Konfrontation mit der bisherigen Vormacht suchen müssen. Wenn aber die Akzeptanz der existierenden Ordnung für den »Emporkömmling« rational sein könnte, dann stellt sich auch umgekehrt für die bisherige Vormacht die Frage, warum letztere dessen Aufstieg unbedingt bekämpfen sollte. Sie müsste eigentlich die aufsteigende Macht dafür zu gewinnen suchen, ihren Anteil an der Stabi-

7 Carsten Rauch / Iris Wurm, "It's the Hegemony, Stupid!". *Why a Sophisticated Power Transition Theory Needs Liberal Hegemony*, ECPR Stockholm 9.9.2010; Yves-Heng Lim, »Locating Transition: the Prospect for a US–China Transition in Asia« in: *Journal of Contemporary China* 19, Nr. 67 (2010), S. 917; Randall L. Schweller / Xiaoyu Pu, »After Unipolarity: China's Visions of International Order in an Era of U.S. Decline« in: *International Security* 36, Nr. 1 (2011), S. 41-72 (S. 51).

8 Gilpin, *War and Change in World Politics*, aaO. (FN 4), S. 95.

9 Yong Deng, *China's Struggle for Status. The Realignment of International Relations*, New York, NY, 2008, S. 64–65; Rosemary Foot, »China and the United States: Between Cold and Warm Peace« in: *Survival* 51, Nr. 6 (2009), S. 137; Niu Xinchun, »Sino-US Relations. Dependence and Fragility« in: *Contemporary International Relations* 20, Nr. 1 (2010) (http://en.cnki.com.cn/Article_en/CJFDTOTAL-XDGJ201001009.htm).

10 Deng, *China's struggle for status*, aaO. (FN 8), S. 41.

11 Deng, *China's struggle for status*, aaO. (FN 8), S. 59; Office of the Secretary of Defense, *Military and Security Developments Involving the People's Republic of China 2011. A Report to Congress Pursuant to the National Defense Authorization Act for Fiscal Year 2000*, Washington, D.C., 2011, S. 1; Jeffrey A. Bader, *Obama and China's Rise. An Insider's Account of America's Asia Strategy*, Washington, DC, 2012.

lisierung der (für beide profitablen) Ordnung zu übernehmen, statt letztere durch Bekämpfung des Aufstiegers zu gefährden.¹² Anders läge der Fall nur dann, wenn der absehbare Machtzuwachs eine so große Gefahr für die nationale Sicherheit des Hegemons bedeuten würde, dass für die Eindämmung des Aufstiegers der Niedergang der Ordnung in Kauf genommen werden müsste.

Im Falle der amerikanisch-chinesischen Beziehungen ist allerdings auf Jahrzehnte nicht davon auszugehen, dass eine fortlaufende Machtverschiebung die nationale Sicherheit der USA ernsthaft gefährden könnte. Noch verfügen die USA über ein nukleares Abschreckungspotential, das nach realistischer Auffassung¹³ jeden Angriff auf amerikanisches Territorium irrational machen sollte. Außerdem ist das amerikanische Kernland durch den Pazifischen Ozean geschützt. Und schließlich müsste ein weiterer Machtzuwachs Chinas vor allem seine unmittelbaren Nachbarn auf den Plan rufen und zu Gegenmachtbildung veranlassen.¹⁴ Gemäß realistischer Logik wäre zu erwarten, dass Japan, Korea und Russland den Spielraum der chinesischen Marine im Nordwest-Pazifik eindämmen würden, während Indien und Indonesien Chinas maritime Lebenslinien zum Persischen Golf und nach Afrika gefährden würden. Auf Grund ihrer »komfortablen« geopolitischen Lage könnten die Vereinigten Staaten demnach nicht nur »balancing« sondern ebenso gut auch »buck-passing« betreiben. Die Konfrontation mit dem chinesischen »Emporkömmling« könnten sie getrost dessen Nachbarstaaten überlassen.

Aus realistischer Sicht ist ein »kalter Krieg« zwischen beiden Staaten also möglich, aber keineswegs unausweichlich. Ausgeklammert werden in dieser theoretischen Perspektive allerdings die außenpolitische Identitäten beider Nationen sowie das Sendungsbewusstsein und Prestigebedürfnis, die sie jeweils implizieren. Sobald diese mitberücksichtigt werden, zeigt sich, dass weder ein einseitiges Nachgeben einer der beiden Mächte noch ein kooperatives Kondominium vorstellbar ist. Es bleibt demnach nur das vierte Szenario: die Konfrontation.

2. Das Szenario 1: China gibt nach

Bei diesem Szenario würden die wichtigsten aktuellen Trendlinien einfach unbefristet fortlaufen. Insbesondere würde die wirtschaftliche Dynamik Chinas kaum gebremst

- 12 Randall L. Schweller, »Managing the Rise of Great Powers. History and Theory« in: Alastair I. Johnston / Robert S. Ross, (Hg.), *Engaging China. The Management of an Emerging Power*, London 1999, S. 14–16. Pessimistische Varianten der realistischen Theorie, allen voran die neorealistischen Ansätze von Waltz und Mearsheimer, gehen natürlich davon aus, dass die wichtigsten Großmächte fast zwangsläufig zu Rivalen werden, wenn sie keinen mächtigen Gegner gemeinsam haben. Solche unspezifischen Balancing-Erwartungen werden der historischen Realität aber kaum gerecht; vgl. Stuart J. Kaufman / Richard Little / William C. Wohlforth (Hg.), *The Balance of Power in World History*, Houndmills 2007).
- 13 Kenneth N. Waltz, »The Spread of Nuclear Weapons. More May Be Better« in: *The Adelphi Papers* 21, Nr. 171 (1981); John J. Mearsheimer, *The Tragedy of Great Power Politics*, New York, NY, 2001, S. 130–133.
- 14 Harald Müller, *Das Zusammenleben der Kulturen. Ein Gegenentwurf zu Huntington*, Frankfurt am Main 1998, S. 45; 119–123.

voranschreiten. China würde die USA technologisch und hinsichtlich der Arbeitsproduktivität mehr und mehr einholen und insgesamt wirtschaftlich klar überholen.¹⁵ Politisch würde sich hingegen wenig ändern: Washingtons offizielle und inoffizielle Bündnisse mit Japan, Südkorea, Thailand, Australien, den Philippinen, Singapur, Taiwan und Indien bestünden ebenso fort wie Amerikas militärische Dominanz im Westpazifik. Auf diese Weise würde China gleichsam zu einem »Super-Japan«, das seine geopolitische und militärische Unterordnung dauerhaft akzeptiert, obwohl es die USA wirtschaftlich überholt. Als eine Art Gegenleistung würden die USA nichts dagegen unternehmen, dass die chinesische Bevölkerung zu immer größerem Wohlstand gelangt. Kleinere Veränderungen blieben im Rahmen dieser Ordnung natürlich möglich. Sogar eine einvernehmliche Vereinigung zwischen Taiwan und dem Festland wäre vorstellbar. Ein strategischer Wettbewerb um Bündnispartner unterbliebe indes genauso wie Beijings offener Versuch, die amerikanische Flotte von Chinas Küsten abzudrängen.

Dieses Szenario ist eigentlich bereits heute überholt, weil Chinas Streitkräfte schon damit begonnen haben Waffensysteme zu beschaffen, die der amerikanischen Marine offenbar den Zugang zu den angrenzenden Seegebieten verwehren sollen.¹⁶ Kaum etwas lässt darauf schließen, dass Beijing von solchen Projekten wieder Abstand nehmen könnte. Selbst wenn das Taiwan-Problem einvernehmlich gelöst werden könnte, würden immer noch mindestens zwei Punkte erwarten lassen, dass China sein wachsendes Wirtschaftspotential zunehmend nutzen wird, um Washingtons regionale Vorherrschaft zu brechen: nationales Prestigedenken und die Verwundbarkeit gegenüber amerikanischen Seeblockaden.

Die dauerhafte Akzeptanz amerikanischer Vorherrschaft wäre völlig unvereinbar mit den großen Statusambitionen der chinesischen Elite und Bevölkerung. Einer aktuellen Studie zufolge sind die Chinesen äußerst interessiert am internationalen Rang ihres Landes. China, so der Autor, »may very well be the most status-conscious country in the world«. ¹⁷ Eliten und Bevölkerung sehen in ihrem Land eine ganz außergewöhnliche Zivilisation, die hinsichtlich ihres kulturellen Niveaus allen anderen zumindest gleichkommt, wenn sie diese nicht sogar klar übertrifft.¹⁸ Die Phase der westlichen Dominanz

- 15 Wenn man die gegenwärtigen Wachstumstrends fortschreibt, dann wird das chinesische Bruttoinlands-Produkt (BIP) schon bald das US-amerikanische erreichen. Der IWF erwartet dies für das Jahr 2016 (bezogen auf Kaufkraft-Paritäten). Werden die BIPs stattdessen in Dollar zum aktuellen Wechselkurs gemessen, dann ist nach Einschätzung des Economist für das Jahr 2018 mit dem Gleichstand zu rechnen (Economist, »How to Get a Date. The Year when the Chinese Economy will Truly Eclipse America's is in Sight« in: *The Economist* 401, Nr. 8765 (31.12.2011), S. 57). Siehe auch www.economist.com/chinavusa.
- 16 Lim, Locating Transition, aaO. (FN 6), 932–933; Friedberg, A Contest for Supremacy, aaO. (FN 2), S. 216–221; Office of the Secretary of Defense, Military and Security Developments Involving the People's Republic of China 2011, aaO. (FN 10), S. 28–32.
- 17 Deng, China's Struggle for Status, aaO. (FN 8), S. 8.
- 18 Martin Jacques, *When China rules the world. The Rise of the Middle Kingdom and the End of the Western World*, London 2009, Kap. 8; Alastair I. Johnston / Daniela Stockmann, »Chinese Attitudes toward the United States and Americans« in: Peter J. Katzenstein / Robert O. Keohane, (Hg.), *Anti-Americanisms in World Politics*, Ithaca 2006, S. 178; Peter H. Gries, *China's New Nationalism. Pride, Politics, and Diplomacy*, Berkeley, Calif., 2004, S. 8.

gilt weithin als eine demütigende Anomalie der Geschichte, die dank der wirtschaftlichen Modernisierung nun endlich korrigiert werden kann. Aus chinesischer Perspektive geht es somit auch gar nicht um eine Erhöhung des eigenen Status, sondern nur um dessen längst überfällige Wiederherstellung. Nicht China ist der »parvenu«, der jetzt auch seinen »Platz an der Sonne« einfordert, sondern die westlichen Seemächte sind die »Emporkömmlinge«, die sich vorübergehend einen Rang verschaffen konnten, der ihrem kulturellen Niveau nicht wirklich angemessenen war.¹⁹

Nichts spricht dafür, dass dieses nationale Prestigedenken mit der Zeit zurückgehen wird. Im Gegenteil: mit dem weiteren Voranschreiten der wirtschaftlichen und technologischen Modernisierung dürfte es eher noch zunehmen.²⁰ Schon deshalb erscheint es absolut undenkbar, dass Beijing den USA die Vorherrschaft über den gesamten Pazifik und die ostasiatischen Inselketten dauerhaft überlässt. Was, so werden sich immer mehr Chinesen fragen, gibt den USA eigentlich das Recht dazu, ihre Schiffe und Flugzeuge unmittelbar vor unserer Küste patrouillieren zu lassen, während die chinesische Marine Kalifornien gänzlich unbehelligt lässt?²¹

Aus Beijings Perspektive muss es auch zunehmend problematisch erscheinen, wenn Washington Chinas vitale Seeverbindungen weiterhin nach Belieben unterbrechen könnte.²² Gewiss ist das kein neuer Zustand. In den letzten Jahrzehnten hat China mit dieser Verwundbarkeit recht gut leben können, weil die USA sie nie ausgenutzt haben. Zudem wäre eine solche Instrumentalisierung auch für Washington mit Nachteilen verbunden, würde sie doch seine internationale Glaubwürdigkeit, die Interessen seiner regionalen

- 19 William A. Callahan, »National Insecurities: Humiliation, Salvation, and Chinese Nationalism« in: *Alternatives: Global, Local, Political* 29, Nr. 2 (2004), S. 199–218; Gries, China's New Nationalism, aaO. (FN 17), Kap. 2–3; Yan Xuetong, »The Rise of China in Chinese Eyes« in: *Journal of Contemporary China* 10, Nr. 26 (2001) (<http://dx.doi.org/10.1080/10670560123407>), S. 33–39; Johnston / Stockmann, Chinese Attitudes toward the United States and Americans, aaO. (FN 17), S. 192; Jacques, When China Rules the World, aaO. (FN 17), Kap. 4 und 8; Christopher Hughes, »Reclassifying Chinese Nationalism. The Geopolitik Turn« in: *Journal of Contemporary China* 20, Nr. 71 (2011) (<http://dx.doi.org/10.1080/10670564.2011.587161>), S. 601–620.
- 20 Jia Qingguo, »Disrespect and Distrust: the External Origins of Contemporary Chinese Nationalism« in: *Journal of Contemporary China* 14, Nr. 42 (2005), S. 11–21; Jacques, When China Rules the World, aaO. (FN 17), S. 380–381.
- 21 Tatsächlich werden diese Fragen natürlich bereits heute gestellt. Deutliche Belege sind die nationale Aufregung, die der Zusammenstoß eines amerikanischen Aufklärungsflugzeugs und eines chinesischen Jägers vor Hainan im April 2001 auslöste, und die wachsenden öffentlichen Forderungen nach Indienstellung eigener Flugzeugträger (Robert S. Ross, »China's Naval Nationalism. Sources, Prospects, and the U.S. Response« in: *International Security* 34, Nr. 2 (2009), S. 46–81; Susan L. Shirk, *China: Fragile Superpower*, Oxford 2007, S. 234–239; Hughes, Reclassifying Chinese Nationalism, aaO. (FN 18); Gries, China's New Nationalism, aaO. (FN 17), S. 108–113). Zur weit verbreiteten Kritik an Amerikas »hegemonialer Arroganz« auch Johnston / Stockmann, Chinese Attitudes toward the United States and Americans, aaO. (FN 17), S. 192.
- 22 Xinchun, Sino-US Relations, aaO. (FN 8); Friedberg, A Contest for Supremacy, aaO. (FN 2), S. 228–232; Jonathan D. Pollack, »Energy Insecurity with Chinese and American Characteristics: Implications for Sino-American Relations« in: *Journal of Contemporary China* 17, Nr. 55 (2008), S. 233–235.

Verbündeten und indirekt auch die amerikanische Volkswirtschaft schädigen. Künftig könnten solche Kosten für Washington aber weit weniger ins Gewicht fallen, z.B. wenn eine Krise der amerikanischen Staatsfinanzen die wirtschaftliche Interdependenz beider Länder verringert oder wenn der wachsende Energie- und Rohstoffbedarf Chinas (und anderer Länder) die Konkurrenz um exklusive Förderrechte verschärfen sollte (s.u.). Mit dieser wachsenden Unsicherheit wird auch Beijings Interesse daran zunehmen, nicht länger vom amerikanischen Wohlwollen abhängig zu sein. Zudem würde es für ein die USA überflügelndes China – wie die power transition theory zurecht hervorhebt – auch immer einfacher die Mittel aufzubringen, die ein maritimes Wettrüsten erfordern würde. Im Vergleich zu heute wird also nicht nur Chinas Interesse an der Brechung amerikanischer Seeherrschaft wachsen, sondern auch die finanziellen und technologischen Fähigkeiten, die es dafür benötigen würde. Beide Trends werden kaum den nationalistisch orientierten Eliten und Intellektuellen entgehen, die schon aus Prestige Gründen dafür eintreten, Amerikas regionale Dominanz endlich zu beseitigen.²³

3. Das Szenario 2: einseitiger Rückzug der USA

Eher vorstellbar erscheint demgegenüber ein amerikanischer Rückzug. Warum – so könnte man sich fragen – sollten die USA fernab von ihrem Kernland eine Konfrontation mit einem immer weiter erstarkenden China riskieren? Schließlich schützen die Vereinigten Staaten immer noch ein riesiger Ozean und ihr eigenes Nuklearpotential, ganz so schweigen von den »balancing«-Bemühungen, die von Chinas Nachbarstaaten zu erwarten sind (s.o.). Und das Öl aus der Golfregion könnte notfalls ja auch über das Mittelmeer und den Atlantik transportiert werden. Warum sollten die Vereinigten Staaten also nicht einfach der Machtverschiebung Rechnung tragen, indem sie nach und nach ihre Stützpunkte im westlichen Pazifik aufgeben und ihre Flottenpräsenz auf die östliche Hälfte des Ozeans konzentrieren? Weshalb sollten die USA und China den Pazifik nicht einfach unter sich aufteilen – wie es bereits ein chinesischer Admiral dem Oberbefehlshaber der US-Pazifikflotte im Scherz (?) vorgeschlagen hat?²⁴ Zweifellos könnten die USA solch einen einseitigen Rückzug wirtschaftlich und sicherheitspolitisch recht gut verkraften. Dennoch ist er mehr als unwahrscheinlich.

Zum einen würde eine Räumung des westlichen Pazifik auf eine Preisgabe der regionalen Verbündeten hinauslaufen.²⁵ Allein dies würde das weltweite Prestige der amerikanischen Supermacht empfindlich schwächen, mit unabsehbaren Konsequenzen in anderen Regionen. Zumindest wäre dies eine schwer zu entkräftende Befürchtung, welche die internen Gegner solch einer »Kapitulations-Politik« lautstark propagieren würden,

23 Abgesehen davon stellt sich aus Beijings Sicht natürlich auch die Frage, ob man sich auf Dauer darauf verlassen möchte, dass dritte Staaten wie Indien und Indonesien Chinas Handelsschiffe unbehelligt lassen.

24 Friedberg, A Contest for Supremacy, aaO. (FN 2), S. 181.

25 Martin Wagener, »Hedging in Südostasien? Außenpolitische Präferenzen der ASEAN-Staaten zwischen China und den USA« in: Hanns W. Maull / Martin Wagener, (Hg.), *Ostasien in der Globalisierung*, Baden-Baden 2009, S. 249–274.

um die amtierende Regierung anzugreifen. Vielen US-Bürgerinnen und Bürgern würde es auch »unamerikanisch« erscheinen, wenn die USA wortbrüchig würden und bedrohte Verbündete einfach ihrem Schicksal überließen. Erschwerend käme hinzu, dass man damit demokratische Alliierte einer autoritären Supermacht ausliefern würde. Dies würde einen klaren Bruch mit der liberalen Identität bedeuten, die Amerikas Außenpolitik maßgeblich prägt.²⁶

Wie schwer solch ein Zurückweichen mit dem amerikanischen Selbstverständnis zu vereinbaren wäre, zeigt bereits heute die Debatte über Taiwan: Obwohl die Insel kaum 200 Kilometer vor der chinesischen Küste liegt und auch nach der offiziellen Position Washingtons kein souveräner Staat, sondern ein Teil Chinas ist, konnte es sich bislang keine US-Regierung leisten, die implizite Sicherheitsgarantie für diesen demokratischen Quasi-Alliierten zurückzunehmen. Im Gegenteil: Washington liefert trotz Beijings regelmäßiger Proteste weiterhin moderne Waffensysteme an Taipeh und mit George W. Bush bekannte sich ein US-Präsident wieder öffentlich zu Amerikas Beistandsversprechen.²⁷ Wenn aber die USA nicht einmal willens sind, einen Teil Chinas der kommunistischen Regierung zu überlassen, wie kann man dann erwarten, dass sie dazu bereit sein würden, ihre Basen in Japan, Südkorea und Australien zu räumen, um diese und andere regionale Demokratien »Chinas Willkür« preiszugeben? Und was würde dann aus den US-Territorien im Westpazifik, aus den Inseln Guam, Saipan und Tinian?

Nicht zu vernachlässigen ist zum anderen der Umstand, dass die Vereinigten Staaten auch wirtschaftliche Interessen in Ostasien haben. Diese mögen zwar nicht lebenswichtig für die amerikanische Nation sein. Ganz zu vernachlässigen sind sie indes auch nicht, vor allem wenn man sich vor Augen führt, dass der fortgesetzte Aufstieg Chinas und Indiens die Region zum ökonomischen Zentrum der Welt machen würde. Insofern wäre es durchaus nachteilig für Washington, wenn dereinst die chinesische Marine die regionalen Handelsrouten ungehindert kontrollieren würde. Ähnlich unangenehm wäre es, sollte Beijing in Zukunft auch das letzte Wort über die Ausbeutung und Verteilung der regionalen Rohstoffvorkommen bekommen.

Solche Überlegungen lassen stark vermuten, dass die USA die Region nicht widerstandslos preisgeben würden, sondern eher versuchen würden, ihre Bündnisse weiter zu verstärken. Auf diese Weise würden sie sich sowohl die »balancing«-Tendenzen von Chinas Nachbarn als auch Chinas strategische Umklammerung durch die vorgelagerten Inselstaaten zu Nutze machen. Zu erwarten ist also eher eine Verstärkung der US-Verpflichtungen, bis hin zur Vornestationierung weiterer Streitkräfte. Hält solch eine Entwicklung länger an, dann wird Washington sein Prestige noch stärker an die Behauptung seiner regionalen Position ketten. Ein späterer Rückzug wäre dann erst recht mit einem größeren Gesichtsverlust verbunden und daher noch weniger zu erwarten.

26 Friedberg, A Contest for Supremacy, aaO. (FN 2), S. 254.

27 Michael D. Swaine, »Trouble in Taiwan« in: *Foreign Affairs* 83, Nr. 2 (2004), S. 39–49; Roy Pinksler, »Drawing a Line in the Taiwan Strait. 'Strategic Ambiguity' and its Discontents« in: *Australian Journal of International Affairs* 57, Nr. 2 (2003), S. 353–368.

4. Das Szenario 3: Kooperation

Wenn nicht davon auszugehen ist, dass eine Seite freiwillig auf die Mitgestaltung der ostasiatischen Ordnung verzichten wird, dann wäre die von Vielen bevorzugte Lösung ein kooperatives Szenario, bei dem sowohl China als auch die USA an der Regelung der wichtigsten regionalen Fragen beteiligt würden. Denkbar wäre eine Art Kondominium der beiden Supermächte, aber natürlich auch multilaterale Strukturen, z.B. eine Art ostasiatische OSZE, in der Beijing und Washington gleichberechtigt den Ton angeben würden. Solch ein kooperatives Management würde erfordern, dass beide Staaten einvernehmlich eine wirksame militärische Präsenz unterhielten, ohne rivalisierende Bündnis-systeme zu bilden. China müsste also akzeptieren, dass die Vereinigten Staaten in der Region unbefristet eine handlungsfähige Ordnungsmacht bleiben, während die USA ihrerseits China militärisch und politisch als Partner auf Augenhöhe anerkennen müssten. In weiterer Zukunft wäre evtl. noch Indien als dritter Hauptpartner einzubeziehen.

Voraussetzung für eine derartige Lösung wäre (neben einer vorhergehenden Lösung der Taiwan-Frage), dass eine solche Machtteilung beiden Seiten vorteilhaft erscheint und ein hinreichender Konsens über die normativen Prinzipien erreicht werden kann, welche die Beziehungen in der Region (und vielleicht auch darüber hinaus) regeln sollen. In Anbetracht der momentan noch gegebenen Dominanz der USA würde sich ein »Geschäft« anbieten, bei dem Washington Beijing freiwillig und frühzeitig mehr Mitspracherechte einräumen würde, während letzteres als Gegenleistung dafür zusichern würde, die (westlich geprägten) Normen der bisherigen Ordnung längerfristig zu übernehmen. Der Vorteil für China würde darin bestehen, dass es früher und geräuschloser eine herausgehobene Position erringen könnte. Die USA müssten dafür schon etwas eher Macht abgeben, als es nach der Entwicklung des chinesischen Potentials eigentlich erforderlich wäre. Im Gegenzug erhielten sie aber die Zusicherung, dass ihr Mitspracherecht und die wesentlichen Normen der bestehenden Ordnung auch dann noch Bestand haben werden, wenn Chinas regionales Machtpotential später einmal das amerikanische deutlich übertrifft.²⁸ Damit dieses Arrangement funktionieren kann, müsste China allerdings zunehmend in die bisherige Ordnung sozialisiert werden, d.h. es müsste eine wachsende Anzahl ihrer Normen nicht nur aus Kalkül respektieren, sondern auch freiwillig für sich als richtig und angemessen akzeptieren. Nach Ansicht mancher Experten ist dieser Übernahmeprozess keineswegs ausgeschlossen, sondern schon seit einiger Zeit im Gange.²⁹

Für dieses optimistische Szenario sprechen selbstverständlich auch die ökonomischen und ökologischen Interessen, welche China und die USA teilen. Beiden müsste daran gelegen sein, dass die Interdependenzen in diesen Bereichen und die daraus resultierenden gegenseitigen Verwundbarkeiten nicht in einem chaotischen Konfliktszenario auf-

28 Zur Logik eines solchen »constitutional bargains« vgl. G. John Ikenberry, *After Victory. Institutions, Strategic Restraint, and the Rebuilding of Order after Major Wars*, Princeton 2001, S. 52–57; ders. »The Rise of China and the Future of the West: Can the Liberal System Survive?« in: *Foreign Affairs* 87, Nr. 1 (2008), S. 23–37.

29 Alastair I. Johnston, *Social States. China in International Institutions, 1980–2000*, Princeton 2008..

gelöst werden, in dem jeder nur noch sein kurzfristiges Eigeninteresse durchzusetzen sucht.³⁰ Chinas Wachstumsmodell bleibt einstweilen darauf angewiesen, dass die USA chinesischen Produkten den Zugang zum amerikanischen Markt offenhalten. Daneben legt Beijing naturgemäß Wert darauf, dass eine drastische Dollarabwertung vermieden wird, welche den Wert seiner amerikanischen Staatsanleihen verringern würde. Die USA sind ihrerseits stark daran interessiert, dass ihr größter Gläubiger weiterhin ihre Anleihen in großem Umfang kauft.³¹ Im Umweltbereich setzt sich zunehmend die Einsicht durch, dass die Erderwärmung nur begrenzt werden kann, wenn beide Staaten – als die noch lange größten Produzenten von Treibhausgasen – einen maßgeblichen Beitrag leisten. Auch hier ist man aufeinander angewiesen.³² Falls sich Beijing und Washington hier nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen können, besteht keine Aussicht auf ein allgemeines Begrenzungsregime.

Starke Interdependenz garantiert aber nicht stabile Zusammenarbeit. Bekanntlich waren Deutschland und Großbritannien in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg wirtschaftlich auch sehr verflochten, und Japan war in der Zwischenkriegszeit stark abhängig von amerikanischen Öl- und Rohstoffeinfuhren. Genau diese Abhängigkeit zu überwinden, war für die damals tonangebenden Militärs ein entscheidendes Motiv zur gewaltsamen Expansion in China, die dann in den Pazifikkrieg mündete.³³ Wie aktuell die amerikanisch-chinesischen Auseinandersetzungen um den Wechselkurs des Yuan belegen, bietet gegenseitige Abhängigkeit auch Stoff für Konflikte. Dies macht sich bemerkbar, sobald eine Seite nicht mehr bereit ist auch die Interessen der anderen zu berücksichtigen. Es gilt erst recht in Krisenzeiten. Bei einer anderweitig ausgelösten Verschlechterung der Beziehungen könnten beide Seiten zudem versucht sein asymmetrische Aspekte der Interdependenz zu ihren jeweiligen Gunsten zu instrumentalisieren, z.B. die chinesische Abhängigkeit von Exporten in die USA.

Bei den amerikanisch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen ist schon jetzt abzusehen, dass die aktuelle Art der Verflechtung nicht von Dauer sein kann. Früher oder später muss der chinesische Exportüberschuss verringert, ja wahrscheinlich sogar revidiert werden. Andernfalls würden sich die USA immer weiter bei China verschulden. Über kurz oder lang müssen sie wieder einen Handelsbilanzüberschuss erzielen, sonst können sie nicht die Devisen einnehmen, um ihre Schulden zurückzuzahlen. Dies bedeutet für China, dass es entweder eine Verschlechterung seiner Handelsbilanz gegenüber den USA (oder auf fremden Märkten, wo beide miteinander konkurrieren) hinnehmen muss, oder zu gewärtigen hat, dass seine Dollarguthaben stark an Wert einbüßen. Außerdem zeigen

30 David M. Lampton, »The United States and China in the Age of Obama. Looking Each Other Straight in the Eyes« in: *Journal of Contemporary China* 18, Nr. 62 (2009), S. 702–727.

31 Daniel W. Drezner, »Bad Debts: Assessing China's Financial Influence in Great Power Politics« in: *International Security* 34, Nr. 2 (2009), S. 7–45; Aaron L. Friedberg, »Implications of the Financial Crisis for the US–China Rivalry« in: *Survival* 52, Nr. 4 (2010), S. 31–54.

32 Foot, China and the United States, aaO. (FN 8).

33 William G. Beasley, *Japanese Imperialism. 1894–1945*, Oxford 1987; Akira Iriye, *After Imperialism. The Search for a New Order in the Far East, 1921–1931*, Cambridge, Mass., 1965; Sadako N. Ogata, *Defiance in Manchuria. The Making of Japanese Foreign Policy, 1931–1932*, Westport, Conn., 1984, c1964.

die zahlreichen protektionistischen Gesetzesinitiativen im Kongress (die bislang am Veto der Exekutive gescheitert sind), dass die Vereinigten Staaten womöglich auch einseitige Maßnahmen ergreifen könnten, um ihr Defizit im bilateralen Handel abzubauen.³⁴ Und selbst wenn beide Regierungen weiterhin alles Notwendige tun, um eine »harte Landung« ihrer instabilen Verflechtung zu vermeiden, bliebe immer noch die Möglichkeit, dass andere Akteure eine Krise auslösen, z.B. indem sie unbeabsichtigt weltweite Panikverkäufe amerikanischer Staatsanleihen provozieren.

Noch skeptischer sind die Kooperationsaussichten allerdings zu beurteilen, wenn auch noch ordnungs- und sicherheitspolitische Aspekte einbezogen werden, bei denen die Interessen absehbar konträr sind. Dies gilt natürlich für die Wahrung und Durchsetzung von Menschenrechten – eine Frage, die nicht zuletzt bei innenpolitischen Krisen in Drittstaaten massive Differenzen über die angebrachte Vorgehensweise heraufzubeschwören könnte. Es gilt aber auch für die Versorgung mit wichtigen Rohstoffen und Energieträgern. Hier setzt Beijing bisher mehr auf exklusive Abbaurechte und Lieferverträge als auf offene globale Märkte, in denen am Ende der höchste Bieter zum Zuge kommt.³⁵ Aus Beijings Sicht mag diese Vorgehensweise notwendig erscheinen, um das Maß an wirtschaftlichem Wachstum zu garantieren, das für eine stabile Herrschaft der Partei erforderlich ist. International gesehen provoziert es jedoch einen Wettbewerb um Einflusszonen, der in einer Welt knapper werdender Ressourcen schnell zum Nullsummenspiel werden kann. Je länger Beijing an dieser Politik festhält, umso schwieriger wird es, sich auf ein kooperatives Management der internationalen Rohstoffpolitik zu einigen und umso größer könnte für Beijing die Gefahr wirken, dass die USA die Kontrolle über Chinas maritime Lebenslinien instrumentalisieren.³⁶

Abgesehen von solchen manifesten Interessendivergenzen steht aber auch das chinesische Prestigebedürfnis einer einvernehmlichen Politik im Wege. Chinesische Experten lassen keinen Zweifel daran, dass ein erstarkendes China schon jetzt nicht geneigt ist, westliche Ordnungsprinzipien einfach zu übernehmen. Eine einseitige Sozialisation wird schon daran scheitern, dass Beijing nicht gewillt ist, künftig als Washingtons »Hilfssheriff« aufzutreten, der die herrschende Ordnung zwar schützen darf, ohne jedoch ihre inhaltliche Ausgestaltung beeinflussen zu dürfen.³⁷ Wenn Beijing international »mehr Verantwortung übernehmen« soll, dann erwartet es auch, dass die geltenden Normen

34 Friedberg, Implications of the Financial Crisis for the US–China Rivalry, aaO. (FN 30), S. 38–39.

35 Andrew F. Hart / Bruce D. Jones, »How Do Rising Powers Rise?« in: *Survival* 52, Nr. 6 (2010), S. 83–84; Suisheng Zhao, »China's Global Search for Energy Security: Cooperation and Competition in Asia–Pacific« in: *Journal of Contemporary China* 17, Nr. 55 (2008), S. 207–227; Andrew B. Kennedy, »China's New Energy-Security Debate« in: *Survival* 52, Nr. 3 (2010), S. 137–158.

36 Kennedy, China's New Energy-Security Debate, aaO. (FN 34); Zhao, China's Global Search for Energy Security, aaO. (FN 34).

37 Nina Hachigian / Yuan Peng, »The US–China Expectations Gap: An Exchange« in: *Survival* 52, Nr. 4 (2010), S. 76; David Shambaugh, »Coping with a Conflicted China« in: *The Washington Quarterly* 34, Nr. 1 (2011), S. 7–27. Ikenberry, Rise of China, aaO. (FN 27) scheint hingegen zu glauben, die USA könnten China in die bestehende Ordnung so integrieren, dass sie auf Jahrzehnte festgeschrieben werden könnte.

seinen besonderen Vorstellungen angepasst werden.³⁸ Und selbstredend wird es dann auch verlangen, dass es an allen Entscheidungen über die Durchsetzung der Normen mindestens gleichberechtigt beteiligt wird. Mit anderen Worten: China wird einer kooperativen Ordnungspolitik in Ostasien nur dann zustimmen, wenn die USA sich unmissverständlich bereit zeigen, einen Teil ihrer bisherigen Macht abzugeben. Nicht zuletzt müssten die Vereinigten Staaten dafür wohl auf ihre besonderen Beziehungen zu wichtigen Verbündeten wie Japan oder Südkorea verzichten.³⁹

Problematisch an solch einem begrenzten Machtverzicht wäre aus der Perspektive Washingtons insbesondere die Ungewissheit, ob sein Entgegenkommen den Einfluss Amerikas auf Dauer sichern könnte. Wenn absehbar ist, dass sich die Machtverteilung auch nach diesem »Geschäft« immer weiter zugunsten Chinas verschieben würde, dann ergibt sich ein sog. »commitment«-Problem: die amerikanischen Entscheidungsträger müssten sich fragen, ob Beijing nach einer weiteren Zunahme seiner Macht nicht versucht sein würde, eine Neuverhandlung der Vereinbarung durchzusetzen. Wenn es den Vereinigten Staaten in der Region erst einmal klar überlegen wäre, müsste es ja ein Scheitern des Kondominiums und einen daraus resultierenden Konflikt weniger scheuen als die USA. Und diese Asymmetrie könnte die chinesische Regierung als wirksames Druckmittel einsetzen.⁴⁰ Wenn aber die mittelfristige Stabilität dieser kooperativen Lösung von vornherein zweifelhaft erscheint, dann wirft dies für die USA die Frage auf, ob sie den erforderlichen Machtverzicht überhaupt leisten sollten: Warum sollte Washington Beijing auch noch zu dem »Sprungbrett« verhelfen, von dem aus es die amerikanische Machtposition in Ostasien dereinst noch wirksamer gefährden könnte?⁴¹

Zudem gibt es jetzt schon einige Anzeichen dafür, dass China solch ein Kondominium nicht unbefristet akzeptieren würde. Zum einen entspricht es nicht den tief verwurzelten chinesischen Ordnungsvorstellungen, die eher auf klare Hierarchie als auf die unsichere Balance zwischen selbständigen Machtzentren setzen. »Checks and balances« gelten demnach als ein Rezept für Zwietracht und Chaos und nicht als eine Struktur, die Ansprüche ausgleicht und Machtmissbrauch verhindert. Die chinesische Kultur favorisiert im Inneren und auch regional eine harmonische Ordnung »unter dem Himmel«, die von

38 Shambaugh, *Coping with a Conflicted China*, aaO. (FN 36); Jacques, *When China Rules the World*, aaO. (FN 17); Hachigian / Peng, *The US–China Expectations Gap*, aaO. (FN 36), S. 76; Gregory Chin / Ramesh Takur, »Will China Change the Rules of Global Order?« in: *The Washington Quarterly* 33, Nr. 4 (2010), S. 119–138; Xinchun, *Sino-US Relations*, aaO. (FN 8).

39 Xinchun, *Sino-US Relations*, aaO. (FN 8).

40 Zum »commitment«-Problem als Hindernis einvernehmlicher Lösungen siehe James D. Fearon, »Rationalist Explanations for War« in: *International Organization* 49, Nr. 3 (1995), S. 379–414.

41 Ein weiteres Risiko bestünde aus amerikanischer Sicht darin, dass die chinesische Führung ein freiwilliges Entgegenkommen als Zeichen großer amerikanischer Schwäche missverstehen könnte (Friedberg, *A Contest for Supremacy*, aaO. (FN 2), S. 262–263).

einem dominanten Akteur zu gewährleisten ist.⁴² Zum anderen würde eine dauerhafte Teilung der Macht auch dem chinesischen Prestigedenken zuwiderlaufen. Wäre China erst einmal deutlich stärker als die USA, könnte es sich die Frage stellen, weshalb es deren gleichberechtigte Mitsprache weiterhin akzeptieren sollte. Weshalb sollten die Vereinigten Staaten, eine schwächere Macht von jenseits des Ozeans, dann noch ein Partner auf Augenhöhe bleiben, mit einem gleichen Anspruch auf die Mitgestaltung der ostasiatischen Ordnung?

Bevor die USA freiwillig auf ihre (noch) dominierende Position verzichten, würden amerikanische Entscheidungsträger aber auch noch die Störanfälligkeit eines kooperativen Arrangements bedenken. Schließlich könnte es ebenso an Missverständnissen oder den Aktionen dritter Parteien scheitern, ähnlich wie die wirtschaftliche Interdependenz massiv darunter leiden würde, wenn andere Gläubiger in großem Umfang US-Staatsanleihen abstoßen sollten. Im sicherheitspolitischen Bereich existieren einige Akteure mit großem Störpotential, allen voran Nordkorea. Destabilisierend könnten aber auch die kulturellen Unterschiede zwischen China und den USA wirken, insbesondere indem sie in Krisensituationen divergente Wahrnehmungen bewirken, die größere Missverständnisse nach sich ziehen.⁴³

In Anbetracht all dieser Ungewissheiten, die sich zudem noch gegenseitig verstärken, ist es wenig wahrscheinlich, dass die USA vorzeitig den Machtverlust akzeptieren würden, der für eine kooperative Einbindung Beijings erforderlich wäre. Gleichberechtigte Mitsprache bei der Gestaltung der regionalen Ordnung wird Washington der chinesischen Regierung frühestens dann einräumen, wenn ihm der chinesische Machtzuwachs keine andere Wahl mehr lässt. Wenn die USA aber nicht freiwillig auf ihre dominante Position verzichten werden, bleibt einem Beijing, das nicht zum »Super-Japan« werden möchte, kaum etwas anderes übrig, als seinen Einfluss einseitig durchzusetzen. Andernfalls liefe es nicht nur Gefahr, dass die USA ihre Vorherrschaft stärker zulasten Chinas instrumentalisieren, sondern es müsste sich auch damit abfinden, dass es weiterhin nur dann am kooperativen Management von Problemen beteiligt würde, wenn es Washington gerade günstig erscheint (wie z.B. in Bezug auf Nordkorea).

5. Das Szenario 4: Konfrontation

China wird mithin nicht dauerhaft darauf verzichten, sein wachsendes Wirtschaftspotential konsequent zur Untermauerung seiner politischen Ansprüche einzusetzen. Insbesondere wird es den Anteil seiner Verteidigungsausgaben schwerlich zurückfahren. In Anbetracht der unterschiedlichen Wachstumsraten und der technologischen Aufholeffekte bedeutet dies, dass sich der militärische Abstand zu den USA verringern wird, wenn

42 William A. Callahan, »Chinese Visions of World Order. Post-hegemonic or a New Hegemony?« in: *International Studies Review* 10 (2008), S. 749–761; Jacques, *When China Rules the World*, aaO. (FN 17), S. 132–37; 206–211; 418–20; Barry Buzan, »China in International Society: Is 'Peaceful Rise' Possible?« in: *The Chinese Journal of International Politics* 3, Nr. 1 (2010), S. 5–36.

43 Jacques, *When China Rules the World*, aaO. (FN 17), S. 356.

letztere nicht energisch dagegenhalten. Die absehbare Folge ist zunehmende Konfrontation in Gestalt von Wettrüsten und einer härteren Konkurrenz um Einflusszonen und regionale Bündnispartner. Beides wird ein Sicherheitsdilemma heraufbeschwören, das seinerseits das Misstrauen weiter verstärken und die Aussichten auf kooperative Lösungen verringern wird. Eine solche Konfrontation muss natürlich nicht in einer katastrophalen militärischen Auseinandersetzung enden. Eine Rivalität um die regionale Vorherrschaft oder ein längerer »kalter Krieg« werden indes kaum zu vermeiden sein.

Gegen dieses pessimistische Ergebnis könnte zweifellos ins Feld geführt werden, dass solche weitreichenden Prognosen schon sehr häufig fehlgingen, und zwar selbst wenn die zugrunde gelegten Annahmen zunächst extrem plausibel erschienen. Schon oft wurden unverrückbar anmutende Trendlinien durch gänzlich unerwartete Ereignisse durchbrochen. Erinnert sei nur an den Zusammenbruch der Sowjetunion und ihres Bündnis-systems oder an den 11. September 2001 und seine Folgen. Und gewiss kann niemand ausschließen, dass Unruhen oder andere interne Konflikte Chinas Wachstum noch stark abbremsen werden.⁴⁴ Nicht selten wird aus diesen Unsicherheiten die Schlussfolgerung gezogen, dass die Sozialwissenschaften besser ganz auf Vorhersagen verzichten sollten.⁴⁵ Politik muss aber planen und dafür muss sie zwischen plausiblen und weniger plausiblen Zukunftsszenarien differenzieren. Hier wurde argumentiert, dass die drei konfliktärmeren Szenarien nicht glaubhaft sind, wenn nur einige wenige Annahmen sich bewahrheiten:

1. Chinas Wirtschaft wächst in den nächsten Dekaden weiterhin deutlich schneller als die amerikanische.
2. Chinas Abhängigkeit von Rohstoff- und Energieimporten wird weiter steigen und eine Politik exklusiver Ausbeutungs- und Lieferbeziehungen nach sich ziehen.
3. Chinas Prestigebedürfnis wird nicht nachlassen.
4. Die USA werden nicht bereit sein, ihre Einflusszonen in Ostasien und im Westpazifik widerstandslos zu räumen.
5. China wird sein autoritäres System behalten.

Zu bedenken ist hier, dass nicht einmal alle fünf Prämissen stimmen müssen, damit es zu einem Konfliktszenario kommt: Eigentlich genügen hierfür bereits die Annahmen 1, 3 und 4. Auch ein demokratisches China, das auf globale Rohstoff- und Energiemärkte setzt, könnte ja weiterhin so großen Wert auf angemessenen Status legen, dass es amerikanische Dominanz oder Gleichberechtigung später nicht mehr duldet. Und gerade ein China, das einen Demokratisierungsprozess durchläuft oder eben noch durchlaufen hat,

44 Zu den vielfältigen innenpolitischen und sozialen Problemen der chinesischen Modernisierung vgl. u.a. Shirk, *China: Fragile Superpower*, aaO. (FN 20), Kap. 3; He Qingliang, *China in der Modernisierungsfalle*, Hamburg 2006, und Minxin Pei, *China's Trapped Transition. The Limits of Developmental Autocracy*, Cambridge, Mass., 2006.

45 Nassim N. Taleb, *The Black Swan. The Impact of the Highly Improbable*, London 2007, Kap. 10.

könnte besonders nationalistisch auftreten.⁴⁶ Umgekehrt könnte selbst bei einem nachlassenden Prestigebedürfnis und bei einer erfolgreichen Demokratisierung die Konkurrenz um sichere Rohstoff- und Energieimporte so stark zunehmen, dass ein kooperatives Management der ostasiatischen Region unmöglich würde.⁴⁷

6. Schlussfolgerungen für Deutschland und Europa

Welche Folgen ergeben sich aus dieser Diagnose für die deutsche und europäische Politik? Großen Einfluss auf die amerikanisch-chinesischen Beziehungen wird sie schwerlich nehmen können, schon gar nicht wenn die EU fortgesetzt mit massiven internen Problemen zu kämpfen hat. Dennoch sollte sie zumindest ihren Teil dazu beitragen, dass eine unnötige Verschärfung der transpazifischen Beziehungen vermieden wird und China möglichst umfassend in multilaterale Institutionen integriert wird. Dort, wo nicht wichtige westliche Prinzipien betroffen sind, sollte man auch eine Anpassung an chinesische Vorstellungen erwägen, damit deutlich wird, dass Integration in die bestehende Ordnung nicht bloß Unterwerfung unter westliche Normen bedeutet. Die Europäer sollten mithin chinesischen Statusansprüchen entgegenkommen, aber möglichst ohne diese Ambitionen weiter anzufachen. Ferner sollte die EU sich gegen Entwicklungen stemmen, die eine Aufteilung der Welt in exklusive Rohstoff- und Energieversorgungszonen begünstigen. Hierzu müsste sie u.a. Chinas Misstrauen in westlich dominierte Märkte und multilaterale Energie-Institutionen reduzieren, damit sich Beijing schließlich doch noch bereit zeigt der Internationalen Energieagentur (IEA) beizutreten.⁴⁸

In Anbetracht seiner begrenzten Einflussmöglichkeiten wäre Europa aber vor allem gut beraten, sich auf eine Welt vorzubereiten, in der die beiden wichtigsten Mächte offen miteinander rivalisieren. Das heißt zum einen, dass Deutschland und seine europäischen Partner sich darauf einstellen müssen, dass ihr amerikanischer Alliiertes Engagement für europäische Ordnungspolitik deutlich verringern wird. Obamas Ankündigung, die Militärausgaben insgesamt zu senken und dabei die pazifische Region von den Kürzungen auszunehmen, deutet diese Schwerpunktverlagerung bereits an. Sie ist aller Voraussicht nach aber erst der Anfang. Wenn der amerikanisch-chinesische Antagonismus voll entwickelt ist, werden die Vereinigten Staaten ihre militärische Präsenz in Europa weiter reduzieren und in größeren europäischen Krisen nur noch aktiv werden, sofern diese

46 Jack L. Snyder, *From Voting to Violence. Democratization and Nationalist Conflict*, New York, NY, 2000, Kap. 2. Wie wahrscheinlich eine Demokratisierung der Volksrepublik ist, kann hier nicht erörtert werden. Für die optimistische Position vgl. Yu Liu / Dingding Chen, »Why China Will Democratize« in: *The Washington Quarterly* 35, Nr. 1, S. 41-63, und Henry S. Rowen, »When Will the Chinese People Be Free?« in: *Journal of Democracy* 18, Nr. 3 (2007), S. 38-52. Deutlich skeptischer äußern sich z.B. Minxin Pei, »How Will China Democratize?« ebd., S. 53-57, Shigeto Sonoda »Emergence of Middle Classes in Today's Urban China: Will They Contribute to Democratization in China?« in: *International Journal of China Studies* 1, Nr. 2 (2010), S. 351-369, und Heike Holbig / Bruce Gilley, »Reclaiming Legitimacy in China« in: *Politics & Policy* 38, Nr. 3 (2010), S. 395-422.

47 Zhao, China's Global Search for Energy Security, aaO. (FN 34).

48 Kennedy, China's New Energy-Security Debate, aaO. (FN 34), S. 51.

direkt ihre wichtigsten nationalen Interessen tangieren. Die EU und die europäischen NATO-Mitglieder werden dann die meisten Probleme an ihrer östlichen und südlichen Peripherie eigenständig bewältigen müssen.

Zum anderen impliziert der vorhergesagte Trend, dass globales Regieren künftig noch schwieriger wird. In multilateralen Regimen werden Beijing und Washington sich mit wachsendem Misstrauen begegnen und immer stärker darauf achten, dass die andere Seite nicht den größeren Nutzen aus der Kooperation zieht. Dies wird insbesondere die Zusammenarbeit in wirtschaftspolitischen Organisationen wie dem IWF, der Weltbank und der WTO belasten. Es hätte aber auch sehr negative Implikationen für den globalen Klimaprozess, in dessen Rahmen die USA und China ja bereits heute uneins darüber sind, wer von ihnen verbindliche Emissions-Einschränkungen hinnehmen sollte und wie groß diese jeweils zu sein hätten.⁴⁹ Für Deutschland und Europa heißt dies, sich in solchen Politikfeldern stärker darauf einzustellen, dass globale Vereinbarungen oder Maßnahmen an amerikanisch-chinesischen Differenzen scheitern. Unter diesen Bedingungen wird die EU vermutlich mit wechselnden Partnern kooperieren müssen und wo dies nicht möglich ist, wird sie mehr eigene, regional fokussierte Lösungswege suchen müssen. Auf jeden Fall würde die EU für ihre Mitglieder wieder wichtiger werden, vorausgesetzt sie existiert dann noch als handlungsfähige Institution.

Zusammenfassung

Können sich die USA mit einem China arrangieren, das wirtschaftlich weiter aufholt, ohne dabei eine liberale Demokratie zu werden? Zur Beantwortung dieser Frage untersucht der Beitrag – gleichsam vom Ende her – vier grundlegende Szenarien. Dabei wird argumentiert, dass weder Beijings dauerhafte Akzeptanz amerikanischer Vorherrschaft, noch ein amerikanischer Rückzug oder ein kooperatives Kondominium der beiden Mächte zu erwarten sind. Keines dieser drei Szenarien ist plausibel und hinreichend stabil, wenn man die wichtigsten aktuellen Trends in Wirtschaft und Politik fortschreibt. Es bleibt also nur das Szenario der Konfrontation. Deutschland und Europa müssen sich deshalb darauf einstellen, dass die USA ihr europäisches Engagement verringern werden und globales Regieren künftig noch schwieriger wird.

Summary

Will the U.S manage to avoid a strategic confrontation with a dynamic China which keeps catching up without turning into a liberal democracy? To address this question the article analyzes four fundamental scenarios for future transpacific relations. None of the three peaceable scenarios looks plausible when both powers' status ambitions and resource needs are taken into account: Beijing will not indefinitely accept U.S. regional predom-

49 Foot, China and the United States, aaO. (FN 8); Oliver Bräuner, *Der Klimagipfel von Kopenhagen aus der Sicht Chinas. Aus chinesischen Fachzeitschriften vom Januar 2010 (SWP-Zeitschriftenschau)*, Berlin 2010.

inance, Washington will not agree to withdraw from the Western Pacific, and a cooperative condominium is bound to fail as long as major domestic and economic trends persist. Accordingly, a contentious Sino-American relationship remains the most plausible scenario. Germany and its European partners thus need to prepare for a world in which the U.S. will further reduce its European engagement while global governance will become even more difficult.

Reinhard Wolf, On Collision Course: Why China and the United States Must Clash

Von Platon bis Habermas



Lieferbar

Theoretiker der Politik

Von Platon bis Habermas

Von Frank R. Pfetsch

2. Auflage 2012, 638 S., brosch., 39,- €

ISBN 978-3-8329-7493-0

Der Band bietet einen chronologischen Überblick über das Denken der wichtigsten Theoretiker der Politik von der Antike bis zur Gegenwart. Zahlreiche Übersichten, Zeittafeln, Kurzbiographien und Schaubilder erleichtern den Einstieg in die Theoriegeschichte der Politik.

Weitere Informationen:
www.nomos-shop.de/14699



Nomos